



Fairer inhaltlicher Wettbewerb statt lautem Geschrei

Jetzt laufen sie wieder Sturm: die Verbände der Verleger und der privat-kommerziellen Rundfunksender, die Axel-Springer-AG und andere Printunternehmen. Es geht um ein kleines Teil, das der moderne Medienmensch unter der Abkürzung „App“ kennt. Dahinter verbirgt sich eine Applikation, also eine zusätzliche Anwendung für das Apple-I-Phone, mit der es mehr Informationen über das mobile Telefon gibt. Die Ankündigung der ARD, in absehbarer Zeit eine kostenlose Tagesschau-App anzubieten, löste eine Welle der Empörung aus. Von grober Wettbewerbsverzerrung war die Rede und dass es doch wohl nicht sein könne, mit Gebührengeldern nun auch noch dieses Angebot zu finanzieren.

Doch, genau das gehört zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk dazu, der seine Gebührenzahlerinnen und –zahler über alle neuen technischen Wege informieren will und soll. Wie bereits in der Auseinandersetzung um den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag versuchen die privat-kommerziellen Sender erneut, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen neuen Verbreitungsweg zu verstellen. Aber auch hier gilt, was der DGB schon in seinen Stellungnahmen zu den Telemedienkonzepten deutlich gemacht hat: Die von den privat-kommerziellen Wettbewerbern und den Zeitschriften- und Zeitungsverlegern verlangten Einschränkungen entsprechen weder den Intentionen des Dualen Rundfunksystems, noch werden sie den Interessen der Hörer, Leser und Nutzer in einer zunehmend durch Konvergenz geprägten Medienwelt gerecht. Der vom Bundesverfassungsgericht immer wieder bestätigten Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss Rechnung getragen werden.

Zudem gibt es auch von privat-kommerziellen Anbietern bereits kostenlose Apps, beispielsweise von stern.de oder der Financial Times Deutschland. Auch mit dieser Konkurrenz müssen sich die kostenpflichtigen Apps, beispielsweise von bild.de, messen. Statt mit lautem Geschrei über die Tagesschau-App herzufallen, sollten sich die kommerziellen Anbieter besser auf der inhaltlichen Ebene im fairen Wettbewerb mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auseinandersetzen. Deshalb sollte die Tagesschau-App innerhalb der bestehenden Drei-Stufen-Tests als ein technischer Verbreitungsweg genehmigt werden. Und sie wird nicht die letzte sein. Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk befindet sich nicht in der Abwicklung, sondern muss auf allen technisch möglichen Wegen zukunftsfest gemacht werden.

Michael Sommer

Themen:

ELENA	2
Enquete zu Internet	2
SPD-Medienkommission	3
DGB-Frauen zu Medien	3
Lokalradios als App	4
Menschenwürde	4
KEF zu Gebühren	5
ACTA ohne Transparenz	5
Tagesschau-App	6
ARD-Radio-Feature	7
HDTV im Kabel	8
ZDF: Verfassungsklage	8
Journalist in neuer Optik	8
Vernachlässigte Themen	9
Neuer Radiopreis	10
Personalien	10
Medienlinks	11
Veranstaltungen	11
Impressum	11



Personalräte gegen ELENA

Die Personalräte von ARD, ZDF und Deutschlandradio haben die Bundesratsbevollmächtigte aufgefordert, den Gesetzentwurf zum „elektronischen Entgeltnachweis“ ELENA Mitte Februar im Bundesrat zu stoppen. ELENA bedeute nicht nur Bürokratieaufwand, sondern verstoße auch elementar gegen die Datenschutzgesetze und höchstrichterliche Entscheidungen. In einem gemeinsamen Brief heißt es: Mit ELENA sollen vom 1. Januar 2010 an die Daten aller rund 40 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland in einer gigantischen Datenbank auf Vorrat gespeichert werden – Monat für Monat. Ziel von ELENA ist es, die für die Entscheidung über Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder andere staatliche Leistungen erforderlichen Nachweise zu zentralisieren, Nachfragen bei früheren Arbeitgebern überflüssig zu machen und dadurch das Verfahren bei der Bundesagentur für Arbeit zu vereinfachen. Soweit die hehre Absicht.“

Es würden aber unzulässig Daten erhoben, die weit über den ursprünglichen Sinn des Gesetzes hinausgehen, kritisieren die Personalräte. Die Arbeitgeber müssten z. B. Abmahnungs- und Kündigungsgründe angeben. Dem Sinn des Gesetzes widerspräche schon der zweijährige Aufbau einer Datenbank, die auch mit erheblichem Aufwand der Arbeitgeber verbunden ist. Von der beabsichtigten Kostenersparnis könne keine Rede sein. Millionenfach würden Daten erhoben und zentral gespeichert, die nie benötigt würden, da die meisten Bürger weder Wohngeld, Elterngeld oder Arbeitslosengeld beantragen. Mit diesem Gesetz werde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. ELENA berge – wie jede flächendeckende Speicherung elektronischer Daten - die Gefahr, dass die Informationen über Millionen von Beschäftigten zu anderen als den angegebenen Zwecken missbraucht würden. Die Personalräte von ARD, ZDF und Deutschlandradio rufen alle Beschäftigten auf, die Onlinpetition 8926 an den Deutschen Bundestag zu unterzeichnen, die fordert: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die Vorratsspeicherung gemäß dem 6. Abschnitt des Sozialgesetzbuch IV, §§95 ff. (Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises) aufgehoben wird.“

Zur Online-Petition:
<http://tinyurl.com/yl3fter>

Koalition: Enquete zu Internet geplant

Eine Enquete-Kommission zu „Internet und digitale Gesellschaft“ wollen die Fraktionen von CDU/CSU und FDP einsetzen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder und die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger erklärten dazu: „Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt.“ Die geplante Enquete-Kommission solle sich mit den soziologischen und politischen Auswirkungen dieser Veränderungen befassen. In dem Antragsentwurf heißt es: „Die Enquete-Kommission soll politische Hand-

lungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.“ Enquete-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten und Sachverständigen. Beide Gruppen arbeiten in ihr als gleichberechtigte, stimmberechtigte Mitglieder.

Antragsentwurf beim
Internetdienst carta:
<http://tinyurl.com/ydj5led>

Neue Struktur für SPD-Medienkommission

Die Medienkommission beim SPD-Parteivorstand gibt sich eine neue Struktur. „Die Konvergenz der Medien stellt sozialdemokratische Medienpolitik vor neue Herausforderungen,“ erklärte der alte und neue Vorsitzende der Medienkommission Marc Jan Eumann Mitte Januar. Es gelte, mit Medienpolitik, Netzpolitik und digitaler Infrastrukturpolitik die drei wichtigsten, sich teilweise überschneidenden und ergänzenden Politikfelder organisatorisch zusammenzufassen. Die entscheidende organisationspolitische Herausforderung sei es deshalb, die richtige politische Plattform zu etablieren.

Die Arbeit der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand wird zukünftig drei Säulen umfassen: Medienpolitik, Netzpolitik und digitale Gesellschaft sowie Digitale Infrastruktur. Jede dieser Säulen finde die für die spezifischen Inhalte notwendige Organisationsform, so Eumann. Insbesondere mit Blick auf Netzpolitik sei eine Experimentierphase unterschiedlicher Diskussions- und Veranstaltungsformate unerlässlich. Unverzichtbar für jeden Bereich sei eine inhaltliche und personelle Öffnung. Eine Möglichkeit könne die bisherige Arbeitsstruktur der Medienkommission sein, die überwiegend organisatorische Fragen in einem internen Teil und inhaltliche Fragen in einem externen Teil diskutiert hat. Diese Arbeitsweise habe sich für das Themenfeld Medienpolitik bewährt und soll fortgesetzt werden.

DGB-Frauen zu Medienpolitik

Die DGB-Bundesfrauenkonferenz hat den DGB-Bundesvorstand aufgefordert, die Medienpolitik unter Frauengesichtspunkten zu untersuchen und „Maßnahmen zu einer gezielten und nachhaltigen Veränderung zu entwickeln“. In einem entsprechenden Antrag fordert sie eine Untersuchung zur Rolle und Mitwirkung von Frauen an der Gestaltung und Ausrichtung der Medien sowie zur Gleichstellung in den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten und ausgewählten Printmedien. Zudem solle der DGB Strategien entwickeln für mehr „Präsenz von Frauen in Polittalkshows“ und in Führungspositionen der Medien sowie der Quotierung der Rundfunk- und Verwaltungsräte und der Landesmedienanstalten. Die Frauen fordern auch eine „gegenderte“ Medienpolitik des DGB.



Bayerische Lokalradios als iPhone-App

Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien macht es möglich, dass eine Vielzahl bayerischer Lokalradios ab sofort über ein App auf dem iPhone gehört werden können. Die BLM-Lokalradio-App ist kostenfrei und kann im App-Store heruntergeladen werden. Über eine Gesamtliste können derzeit 45 bayerische Lokalradios ausgewählt werden. Zusätzlich ist das gewünschte Programm auch über eine nach bayerischen Regionen gegliederte Karte zu finden. Sobald die technischen Voraussetzungen bei den Lokalradios geschaffen sind, sollen in den kommenden Wochen weitere Sender folgen.

<http://itunes.com/apps/lokalradio>

Medienaufsicht und Menschenwürde

Ernst-Gottfried Mahrenholz, ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, hat die deutsche Medienaufsicht ermutigt, behärzter gegen Sender vorzugehen, in deren Programm die Menschenwürde verletzt wird. „Wenn ein Mensch in einer Sendung nur als Objekt gezeigt wird, um ein Programm reißerisch zu machen, dann liegt ein Verstoß gegen den staatsvertraglichen Programmgrundsatz vor, dass Veranstalter in ihren Sendungen die Würde des Menschen achten und schützen müssen“, sagte Mahrenholz auf einer Klausurtagung der Medienkommission der nordrhein-westfälische Landesanstalt für Medien NRW (LfM). Bei möglichen Gerichtsverfahren könnten beide Seiten, Sender und die Medienaufsicht, nur gewinnen, weil Gerichte gehalten wären, am programmlichen Einzelfall Maßstäbe zur Bewertung eines möglichen Verstoßes gegen die Menschenwürde zu setzen, sagte Mahrenholz.

LfM-Direktor Norbert Schneider sagte, die Medienanstalten seien sehr zurückhaltend bei der Ahndung solcher Verstöße gewesen: „Mir ist in meiner Praxis von nun bald 17 Jahren Rundfunkaufsicht nicht ein einziger Fall in Erinnerung, bei dem die Würde eines Menschen auf eine Weise verletzt worden wäre, die dann eine Programmbeschwerde der Medienaufsicht nach sich gezogen hätte.“ Und auch ohne den unmittelbaren Bezug zu einer Programmbeschwerde sei das Thema Verletzung der Menschenwürde nur selten grundsätzlich aufgegriffen worden, beklagte er. Tobias Schmid von RTL machte deutlich, dass in der RTL-Mediengruppe Deutschland über fragwürdige Sequenzen lange und intensiv vor einer Ausstrahlung diskutiert werde. Er sagte: „Die Schärfe in der Präsentation, z. B. bei dem Unterhaltungsformat DSDS, ist insgesamt rückläufig.“ Richtig sei aber auch, dass sich die Sender bei Formaten wie DSDS oder auch „Erwachsen auf Probe“ an einer Grenze bewegten.

Johanna Haberer, Professorin für Christliche Publizistik an der Universität Erlangen, meinte, in jenen Sendungen würden gerade bei jugendlichen Sitten geprägt und das Kommunikationsverhalten verfestigt. Mobbing und das sog. Cybermobbing seien als gesellschaftliche Probleme sicher nicht zufällig zu beobachten. Die Vorsitzende der Medienkommis-

sion Frauke Gerlach bedauerte, dass es in der Vergangenheit zu keiner höchstrichterlichen Klärung in den Fällen gekommen sei, bei denen Menschenwürdeverstöße in Rede standen. Mitglieder der Medienkommission beklagten in der Diskussion vor allem eine sichtbare „Würde-Erosion“ in vielen Sendungen des privaten Fernsehens.

KEF: Keine Erhöhung der Gebühren nötig

Nach dem neuesten Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs in den Rundfunkanstalten müssen die Gebühren in der laufenden Gebührenperiode bis 2012 nicht erhöht werden. Die Anstalten befürchten deutliche Gebührenaufschläge. Auch die KEF sieht Risiken, weist aber auf Chancen, diese zu vermeiden, bzw. zu kompensieren zum Beispiel durch eine effizientere Erhebung der Gebühren und Personaleinsparungen.

Bei den Personalaufwendungen habe das ZDF den von der Kommission im 16. Bericht angesetzten pauschalen Wirtschaftlichkeitsabschlag von 18 Mio. Euro (entsprechend rd. 100 Stellen) berücksichtigt. Die ARD habe bisher nur das Ziel bestätigt, den Wirtschaftlichkeitsabschlag von 50 Mio. Euro (entsprechend rd. 300 Stellen) durch eine Reduzierung im „erweiterten Personalaufwand“ sowie weitere Maßnahmen umzusetzen.

ZDF und ARD hätten aber keine konkrete Darstellung der Einzelmaßnahmen vorgelegt. Den von der ARD erreichten Stand der Umsetzung des für die Jahre 2009-2012 vorgenommenen Wirtschaftlichkeitsabschlags beim Personalaufwand bewertet die KEF als völlig unzureichend. Die Kommission erwarte, dass die ARD unverzüglich ernsthafte Anstrengungen zur Umsetzung der Wirtschaftlichkeitsauflagen unternimmt. Sie weist erneut darauf hin, dass die Einsparungen vorrangig bei den größeren Anstalten vorzunehmen sind. Vom ZDF erwartet die KEF, dass spätestens bis zum 18. Bericht der Nachweis erbracht wird, welche konkreten Stellen eingespart worden sind bzw. noch eingespart werden sollen, um die Reduzierung des Personalaufwands zu realisieren.



Copyright-Pakt ACTA ohne Transparenz

Auch in der siebten Runde der Verhandlungen zum Abkommen gegen Produkt-Piraterie ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) haben sich die beteiligten Staaten über die Inhalte in Schweigen gehüllt. Im Januar hatten sich Vertreter von 39 Staaten in Mexiko getroffen. Auch die an den Verhandlungen beteiligte EU-Kommission gibt nur spärliche Auskünfte. Nach einem von der Kommission im Internet veröffentlichten Statement geht es beim Thema Urheberrecht im Internet um folgende Punkte: Internationale Kooperation, Abstimmung des Gesetzesvollzugs und Schaffung neuer Gesetze zur Verwertung geistigen Eigentums. Anders als beispielsweise amerikanische Wirtschaftsvertreter, die Einsicht

in die Verhandlungspapiere erhalten haben, nachdem sie eine Schweigeverpflichtung unterzeichneten, hat noch nicht einmal das Europäische Parlament Einsicht in die Verhandlungsdokumente erhalten. Auch die Bundesregierung äußert sich derzeit nicht zu Inhalten, wie sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema deutlich machte. Bürgerrechtsgruppen, darunter auch Reporter ohne Grenzen warnen vor einer Einschränkung der Meinungsfreiheit. Aus bisher vereinzelt an die Öffentlichkeit gedruckenen Inhalten kritisieren die NGO insbesondere die Absicht Internetanschlüsse zu sperren, wenn dreimal gegen Urheberrechtsbestimmungen verstoßen wurde, wie es bereits in Großbritannien und Frankreich geschehen ist. Auch das Verbot, Internetsperren zu umgehen sowie automatische Internetfilter werden abgelehnt. Es wird außerdem befürchtet, dass die USA die Internet-Provider verpflichten wollen, ihre Kunden und damit die Inhalte zu kontrollieren. Die NGO fordern nun Transparenz in dem gesamten Verfahren. Die nächste Verhandlungsrunde soll im April in Neuseeland stattfinden, das Abkommen noch in diesem Jahr unterschriftsreif sein.

Eine gute Übersicht zum Thema auf SpiegelOnline:

<http://tinyurl.com/ygzcs6>

Dokumente:

EU:

<http://tinyurl.com/mwdsc7>

Bundesregierung:

<http://tinyurl.com/yhdccga>

NGO:

<http://tinyurl.com/yzk3g7>

<http://tinyurl.com/yjb38ow>



Rundfunkräte für Tagesschau-App

Der Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks (NDR) hat den Sender aufgefordert, an der geplanten Tagesschau-App auf dem iPhone festzuhalten. Die Mitglieder des Rundfunkrates seien einmütig der Auffassung, dass die wichtigste Informationsmarke der ARD auf einer relevanten mobilen Plattform wie dem iPhone von Apple vertreten sein müsse, sagte die Vorsitzende des Rundfunkrates, Dagmar Gräfin Kerksenbrock, im Anschluss an die Sitzung des Gremiums Ende Januar in Hamburg. "Bei der Tagesschau-App geht es nicht um die Verbreitung neuer Inhalte, sondern um bessere Bedienbarkeit. Die ohnehin vorhandenen und seit langem mobil abrufbaren Inhalte von tagesschau.de lassen sich mit der App auf dem iPhone besser und schneller aufrufen - um mehr geht es nicht", so Gräfin Kerksenbrock.

Forderungen nach einem eigenen Drei-Stufen-Test dafür könne das Gremium nicht nachvollziehen, da das Telemedienkonzept der ARD auch den Plan für eine Tagesschau-App abdecke. Darin wird ausgeführt, dass sämtliche relevanten Distributionswege genutzt werden können. In diesem Zusammenhang wies Kerksenbrock auch auf den Rundfunkstaatsvertrag und die Programmrichtlinien hin, die von den ARD-Landesrundfunkanstalten und dem ZDF zu den Genehmigungsverfahren für Telemedien zu erstellen sind. Diese Richtlinien - sie sind mit der EU-Kommission abgestimmt - führen u. a. aus: "Ein neues oder verändertes Angebot liegt insbesondere unter folgenden Voraussetzungen nicht vor (Negativkriterien): (...) 3. Verbreitung bereits bestehender Telemedien auf neuen technischen Verbreitungsplattformen (Technikneutralität); 4. Weiterentwicklung im Zuge der technischen Entwicklung auf bereits bestehenden Plattformen."

Ähnlich hatte auch der WDR-Rundfunkrat reagiert. „Mit den Apps steht der Drei-Stufen-Test vor einer neuen Bewährungsprobe“, erklärte Ruth

Hieronymi, die Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats. „Klar ist, dass es sich bei Apps nicht um neue Angebote handelt, sondern nur um einen neuen Verbreitungsweg. Sowohl die Rundfunkmitteilung der EU-Kommission als auch der Rundfunkstaatsvertrag lassen keinen Zweifel daran, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk alle Übertragungswege nutzen kann. Daher ist für die Apps auch kein neuer Drei-Stufen-Test erforderlich.“ Mit dem Rundfunkstaatsvertrag habe der Gesetzgeber den Gremien aber gleichfalls unzweifelhaft auferlegt, dass bei den Telemedien insbesondere auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des öffentlich-rechtlichen Handelns einbezogen werden müssen. Um einen rechtsfesten und praktikablen Weg zur Einbeziehung der Apps in den Drei-Stufen-Test zu finden, empfiehlt der WDR-Rundfunkrat der ARD, während der Prüfung der vorliegenden Telemedienkonzepte darauf zu verzichten, neue Verbreitungswege zu nutzen. Zugleich zeige das Beispiel der Apps, dass sich die technologischen und wirtschaftlichen Bedingungen schneller ändern, als dass sie bisher in dem Verfahren haben berücksichtigt werden können.

Die privat-kommerziellen Sender und Verlegerverbände laufen seit der Ankündigung einer kostenlosen Tagesschau-App dagegen Sturm. Auch Vertreter von CDU und FDP hatten sich dagegen ausgesprochen, während SPD-Medienpolitiker dem aufgeschlossen gegenüber stehen. Der rheinland-pfälzische Staatssekretär Martin Stadelmeier (SPD) verwies darauf, dass die Anwendung in den anstehenden Telemedienkonzepten berücksichtigt werden müsse.

Neue Reihe: ARD radiofeature

Das ARD radiofeature bringt als neue Reihe seit Ende Januar aufwändige, investigativ-journalistische Dokumentationen. BR, HR, NDR, Radio Bremen, SR, SWR wollen damit unter der Federführung des WDR, neue Akzente für das traditionsreiche Radio-Genre setzen. "Das Feature steht für Qualität und den zeitgemäßen Umgang mit Themen", erklärte WDR Hörfunkdirektor Wolfgang Schmitz. "Wir wollen dieser traditionsreichen, künstlerischen Doku-Form - analog zur Renaissance des Dokumentarfilms - wieder mehr Aufmerksamkeit verschaffen und ihre Bedeutung stärken." Ohne die gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Radio-Programme sei es um das Kulturgut Feature schlecht bestellt. Aus der täglichen Informationsfülle haben sich renommierte Hörfunk-Autorinnen und -Autoren für "das ARD radiofeature" unter dem Motto "hören, was dahinter steckt" Themen herausgegriffen, die einen kritischen Blick auf das Zeitgeschehen eröffnen. Es geht beispielsweise um Internetbetrug, den Bankenskandal, Doping im Fußball und internationalen Waffenhandel.

Jedes Feature wird innerhalb weniger Tage in den Wortprogrammen der beteiligten ARD-Sender zu hören sein. Premiere ist immer in der letzten Woche eines Monats. Zu hören ist sie auf den Feature-Sendeplätzen der beteiligten Sender. Im Internet werden alle Sendungen auch als Stream- und Download angeboten.

Mehr Infos:
www.radiofeature.ARD.de

Öffentlich-rechtliches HDTV im Kabel

ARD, ZDF, ARTE und Kabel Deutschland haben sich über die Einspeisung der öffentlich-rechtlichen HDTV-Programme ins Kabelnetz verständigt. Mit dem Start der Regeleinspeisung zu den Olympischen Winterspielen im kanadischen Vancouver können "Das Erste HD", "ZDF HD" und "ARTE HD" in den modernisierten Kabelnetzen von Kabel Deutschland unverschlüsselt empfangen werden. Die Einspeisung ist damit langfristig geregelt. Die Verbreitungskosten für die Programmveranstalter haben sich nicht erhöht. Für den HDTV-Empfang benötigten die Kabelkunden lediglich einen HDTV-tauglichen Digital Receiver und einen HDTV-Fernseher mit dem Logo "HD ready" oder "Full HD".



Grüne wollen Verfassungsklage

Gemeinsam mit der Fraktion Die Linke wollen Bündnis90/Die Grünen eine Normenkontrollklage gegen den ZDF-Staatsvertrag vor das Bundesverfassungsgericht bringen. Anfang Februar stellten sie den Entwurf dafür vor, den der Medienrechtler Prof. Dieter Dörr verfasst hat. „Wir gehen nach Karlsruhe, denn wir wollen keinen Schwarzfunk. Wir wollen auch keinen Rotfunk und keinen Grünfunk. Was wir wollen, ist ein unabhängiger Rundfunk. Unser Ziel ist klar: Der verfassungswidrige Einfluss des Staates muss aus den Aufsichtsgremien des ZDF zurückgedrängt werden“, hieß es in einer Erklärung. Um einen Normenkontrollantrag zu stellen, müssen mindestens ein Viertel aller Abgeordneten zustimmen. Es fehlen den beiden Fraktionen noch zwölf Stimmen bis zum Quorum.

Die SPD hat zunächst einen anderen Weg eingeschlagen: Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck hatte bereits im November eine einvernehmliche Änderung des Staatsvertrages durch die Länder vorgeschlagen. Demnach sollen die Plätze für die politischen Parteien und den Bund im Fernsehrat verringert werden. Im Verwaltungsrat soll der Bund gar nicht mehr vertreten sein. Die gesellschaftlich relevanten Gruppen sollen ein autonomes Entsendungsrecht bekommen, bisher werden ihre Gremienmitglieder aus einer Vorschlagsliste durch die Ministerpräsidenten ernannt. Einer Änderung müssten alle 16 Ministerpräsidenten zustimmen.



„journalist“ in neuer Optik

Die Zeitschrift des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) „journalist“ erscheint seit Februar mit neuer Optik. Eine klarere Struktur und moderne Bildsprache sollen künftig das Medienmagazin prägen, so die Re-

daktion auf ihrer Website www.journalist.de, die ebenfalls überarbeitet wurde. Besonderer Wert sei darauf gelegt worden, die Gestaltung und den Heftaufbau kontinuierlich weiterzuentwickeln und an die bewährten inhaltlichen Schwerpunkte anzupassen.

„Die Zukunft des Magazinjournalismus liegt in exklusiven, exzellent recherchierten und optisch ansprechenden Beiträgen“, sind die Chefredakteure Anna von Garmissen und Matthias Daniel überzeugt. „Der Journalist geht mit seinem neuen Layout konsequent weiter in diese Richtung.“ Inhaltlich stehe nach wie vor an erster Stelle, Journalisten mit aktuellen Informationen, Hintergründen und Service aus ihrem Berufsfeld und der Medienbranche auszustatten. Dazu gehöre auch, die Arbeit des Deutschen Journalisten-Verbands zu begleiten.

„Journalist Online soll zur zentralen Informationsplattform für Journalisten ausgebaut werden. Von hier aus sollen Journalisten Wissenswertes und Nützliches zu ihrem Beruf finden“, so die Chefredakteure. Neben aktuellen Berichten und Tipps wird es etwa auch einen umfassenden Seminar kalender sowie eine Datenbank mit Kontakten und Adressen aus der Medienbranche geben.



Was in den Medien fehlt

Wie in jedem Jahr hat die Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) auch für 2009 die von den Medien vernachlässigten Themen gekürt. Darunter findet sich der Notstand in der Pflege ebenso wie die zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zu konventioneller Kriegsführung und die rechtswidrige Anwendung von Polizeigewalt. Auch die mangelnde Kontrolle von Rüstungsexporten wird nur selten thematisiert, urteilte die Jury aus Journalisten und Wissenschaftlern.

Die INA wurde im Mai 1997 gegründet und wurde in diesem Jahr von der TU Dortmund und der Jacobs University Bremen getragen. Ideengeber der Initiative ist das US-amerikanische "Project Censored". Ziel der INA ist es, wichtige Nachrichten und Themen, die in den Medien nicht genügend berücksichtigt wurden, stärker in das Bewusstsein der Journalisten und der Öffentlichkeit zu bringen. Medienschaffende, gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Institutionen, aber auch alle Bürger können bei der INA ihrer Meinung nach vernachlässigte Themen einreichen. Die Themenvorschläge werden von Studierenden in Recherche-Seminaren auf Richtigkeit und Vernachlässigung geprüft. Alle Themen, die dieser Prüfung standgehalten haben, werden der Jury der INA vorgelegt. Diese entscheidet dann über die gesellschaftliche Bedeutung der Themen, indem sie jeweils Anfang des Jahres die Rangliste der vernachlässigten Top-Themen des vergangenen Jahres wählt - im Januar 2010 bereits zum dreizehnten Mal.

Zur INA-website:
<http://tinyurl.com/y9gy6eq>

Neuer Radiopreis

Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender haben den Deutschen Radiopreis ins Leben gerufen. Mit ihm sollen in insgesamt elf Kategorien die herausragenden Leistungen eines Jahres im Medium Radio ausgezeichnet werden. Dies teilte der NDR, der die organisatorische Federführung übernommen hat, Anfang Februar mit. Erstmals wird der neu geschaffene Preis am 17. September 2010 im Rahmen einer festlichen Gala in Hamburg verliehen. Die Hörfunkprogramme der ARD und die Privatradios in Deutschland stiften den bundesweit ausgerichteten Preis in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg. Als Kooperationspartner fungiert das Adolf-Grimme-Institut: Es betreut die Arbeit der Jury. Sie setzt sich aus neun Experten zusammen. Um eine unabhängige Auswahl und Bewertung der eingereichten Produktionen zu gewährleisten, werden keine Vertreter aus dem Hörfunk der ARD und der privaten Radiosender in der Jury mitwirken. Der Deutsche Radiopreis ist - ähnlich wie die vom Grimme-Institut verliehenen Fernseh- und Onlinepreise - nicht dotiert.

Uwe Kammann, Direktor des Grimme-Instituts, erklärte: „Es ist mehr als reizvoll, die Grimme-Qualitätsmaßstäbe auch auf das Radio zu übertragen. Denn bei dieser Jury-Arbeit müssen natürlich die Besonderheiten des akustischen Mediums angemessen berücksichtigt, beurteilt und gewürdigt werden.“ Jedes Programm kann maximal drei Produktionen aus dem Zeitraum Juni 2009 bis Mai 2010 einreichen und dabei die Kategorien selbst wählen. Analog zum Deutschen Fernsehpreis ist das Vorschlagsrecht für die Auszeichnungen auf Sender begrenzt, die die Produktionen selbst hergestellt haben oder sie haben herstellen lassen. Die Ausschreibung erfolgt im Mai dieses Jahres.

Niggemeier gibt Leitung von Bildblog ab

Stefan Niggemeier, der 2004 den Bildblog gründete, hat die Leitung an Lukas Heinser abgegeben. Niggemeier bleibt dem Blog als Herausgeber erhalten, will aber auch weiterhin gelegentlich als Autor schreiben, wie er der taz mitteilte. Bildblog setzt sich seit 2009 auch kritisch mit anderen Medien außer der Zeitung mit den großen Buchstaben auseinander. Es wird damit gerechnet, dass nun unter der neuen Redaktionsleitung noch einmal eine Neuausrichtung erfolgt.

Zschunke wird Chef von dpa-Netzwelt

Peter Zschunke, bisher Auslandschef des Deutschen Auslands-Depeschendienstes (DAPD), wird Chefkorrespondent des von der dpa geplanten Netzwelt-Ressorts. Er ist ein erfahrener Kenner der Online-Welt, gründete und betreute für AP-Deutschland den Themendienst „Computer & Cyberspace“. Das „Netzwelt“-Ressort der DPA soll nach dem für Mitte des Jahres geplanten Umzug der Mantelressorts nach Berlin eingerichtet werden.

Medienlinks

Neues Medienressort auf sueddeutsche.de

Medienthemen sind seit Anfang Februar auf sueddeutsche.de in einem eigenen Ressort Medien zusammengefasst. Damit konzentriert Chefredakteur Hans-Jürgen Jakobs die Medienthemen, die bisher sehr verstreut in den Ressorts Wirtschaft und Kultur platziert waren. Die Leitung übernimmt Christina-Maria Berr, die mit einem kleinen eigenen Budget auch freie Autoren insbesondere für Kritiken finanzieren soll. Weiterhin sollen Berichte auch aus der gedruckten SZ übernommen werden. Zusätzlich aber will Jakobs auch Artikel aus dem Fachdienst „werben und verkaufen“ (W&V) übernehmen, wenn sie für ein breiteres Publikum interessant sind. „W&V“ gehört zum Süddeutschen Verlag.

www.sueddeutsche.de/medien/

Veranstaltungstipps

Mainzer Tage der Fernsehkritik

Neue Wahrheiten – Wer vertraut wem in der vernetzten Welt?

22. bis 23. März 2010 in Mainz

Veranstalter: ZDF

Medienjournalismus – Probleme und Perspektiven

Fachtagung

29. bis 30. April 2010 in Leipzig

Veranstalter: message in Kooperation mit TU Dortmund, European Journalism Observatory und Netzwerk Recherche

Medienjournalisten und Forscher aus Deutschland und Europa diskutieren Fragen wie: Was sollte Medienjournalismus leisten? Können Medienjournalisten Watchdogs der eigenen Branche sein? Braucht es Medienkritik von außerhalb des Mediensystems und wie kann sie finanziert werden? Welche Zielgruppen hat der Medienjournalismus?

Weitere Infos:
www.message-online.com

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin.

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:
www.dgb.de/mediennewsletter/